

## **Fokus: Europa und die »Armenische Frage«**

Die »Armenische Frage«, die seit dem Berliner Kongress im Jahr 1878 im Rahmen der »Orientalischen Frage« um die Stabilisierung oder Aufteilung des Osmanischen Reiches ein Thema der europäischen Politik geworden ist, sollte mit der vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit vollzogenen Vernichtung der Armenier in den Jahren 1915/16 endgültig beantwortet werden.

Angesichts der Diskussionen um den EU-Beitritt der Republik Türkei, die den Genozid bis heute systematisch leugnet, ist diese verdrängte.

Frage Gegenstand aktueller öffentlicher Auseinandersetzungen geworden.

Im Fokus erörtert Michael Jeismann die Herausforderungen, die dieser geleugnete Genozid nach 90 Jahren an die nach dem Holocaust entstandene europäische und deutsche Erinnerungskultur, aber auch an die Zukunft Europas stellt. Jeismann zeigt, dass die »armenische Frage« auch heute wieder, wenn auch in einer ganz anderen historisch-politischen Konstellation, ein Prüfstein Europas ist.

Der folgende Text ist eine leicht überarbeitete Fassung der Rede, die Michael Jeismann am 23. April 2005 im Rahmen der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Genozids an den Armeniern gehalten hat.

## **Europa und die »Armenische Frage«**

Michael Jeismann

Rede aus Anlass des neunzigsten Jahrestages des türkischen Genozids an den Armeniern im Berliner Abgeordnetenhaus am 23. April 2005. [1]

Über die Krim nach Berlin hatten deutsche Militärs bei Ende des Ersten Weltkriegs die Anstifter und Organisatoren des Völkermords an den Armeniern geschleust; unter ihnen befand sich auch Talaat Pascha, der im März 1921 in der Hardenbergstraße von dem armenischen Studenten Soghomon Tehlirjan erschossen wurde. Der anschließende Prozess, an dessen Ende der Attentäter freigesprochen wurde, die Berichterstattung über diesen Prozess oder auch die öffentliche Arbeit des Pfarrers Johannes Lepsius, insbesondere seine 1919 erschienene Dokumentensammlung, hatten den Deutschen vor Augen geführt, welches Menschheitsverbrechen sich im zweiten und dritten Kriegsjahr in der Türkei ereignet hatte – und in welchem Maß deutsche

Militärs und Diplomaten als Verbündete der Hohen Pforte dies geduldet haben und geschehen ließen im Namen einer rationalen Interessenspolitik mit Großprojekten wie der Bagdadbahn. Berlin, die Hauptstadt des Deutschen Reichs, spielte in dieser Geschichte nicht nur als Rückzugsort der früheren türkischen Führung eine bedeutende Rolle, sondern war in mehr als einer Hinsicht ein Knotenpunkt, von dem aus die türkische Politik der Vertreibung und des Genozids fortwirkte.

Heute ist Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland zur Hauptstadt der Erinnerung geworden. Und wenn ich aus Anlass des neunzigsten Jahrestags zu Ihnen sprechen darf, dann habe ich mich in erster Linie nicht an die Armenier, sondern an die Deutschen zu wenden. Das möchte ich im folgenden begründen.

Als man nach dem Fall der Mauer und nach der deutschen Einheit den Regierungssitz und das Parlament von Bonn nach Berlin verlegte, ließ die Republik sich inmitten all der Überreste und Schichten der jüngeren deutschen Nationalgeschichte nieder. Die allseitige Gegenwärtigkeit dieses Vergangenen in der ehemaligen Reichshauptstadt zwang die zugezogene Bundesrepublik zur Repräsentation, zum symbolischen Ausdruck ihrer selbst. Sie konnte in Anbetracht des Vergangenen nicht unauffällig bleiben, sie hatte sichtbar zu werden und den symbolischen Minimalismus aufzugeben, der aus der Ablehnung alles Mächtig-Pompösen entstanden war. So wurde in Berlin also noch einmal zur Frage, was in Bonn schon Antwort gewesen war: eine allgemeine Frage der Souveränität, der Verfassung und der eigenen Rolle in der internationalen Politik, wie sie sich jedes Land der Europäischen Union zu stellen hat.

Die besondere Frage, vor der Deutschland stand, betraf zunächst die nationalsozialistische Vergangenheit und ihre symbolische Vergegenwärtigung durch den deutschen Staat. Die Antwort – auch wenn es noch nicht die ganze Antwort ist –, ist vor einigen Wochen mit der Einweihung des Zentralen Denkmals für die ermordeten Juden Europas gegeben worden. Andere Mahnmale für andere Opfergruppen werden folgen, und so wird am Ende der Horizont der deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus monumental abgesteckt sein. In allem symbolischen Gedenken schimmert ein gewisser Stolz auf diese Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit durch, und man merkt den deutschen Politikern seit Jahren eine ganz neue Sicherheit, ja Leichtigkeit im Umgang mit dieser nationalgeschichtlichen Last an. Sie entstand nicht zuletzt auch daraus, dass heute die Staaten der Europäischen Union

sich historisch als Schuldgemeinschaft begreifen, deren negativer Gründungsmythos der Holocaust ist. Seit den achtziger Jahren haben sich die vormals gegeneinander oder bloß parallel gestellten Nationalgeschichten zu einem europäischen Narrativ synchronisiert. Daran ändern auch aktuelle Auseinandersetzungen in der und über die Europäische Union nichts. Die Erinnerung an den Holocaust ist zum Medium unserer eigenen Europäisierung geworden. Er ist der gemeinsame Bezugspunkt der europäischen Staaten. Dabei haben sich unter der Hand das deutsche Selbstverständnis und die deutsche Staatsräson vollständig gedreht: Der Holocaust ist heute nicht mehr das Argument gegen, sondern ein Argument für militärisches Engagement im Interesse der Menschenrechte. Man hat einer grauenhaften Vergangenheit politisch abgerungen, was überhaupt nur abzurufen war.

Und damit, mit den schönen großen Denkmälern und den friedensbringenden Waffen, könnte es nun sein Bewenden haben. Nur ein Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fehlte noch als Krönung des deutschen Wegs nach 1945. Wir haben uns die Vergangenheit fügsam gemacht und möchten dabei, so scheint es gelegentlich, nun auch politisch nicht weiter behelligt werden. Wie uns aber ein Blick nach Ost- und Südostasien, nach Afrika oder zum Balkan zeigt, wäre eine solche Haltung überaus naiv.

Die Frage, auf die ich im folgenden die Antwort finden will, lautet: Was geht es uns an? Was geht die Deutschen der Genozid an den Armeniern an? Warum liegt hier eine politische Verantwortung, die, wenn wir uns ihr stellen, das nationalgeschichtliche Gedenken all der elend Umgebrachten erst beglaubigen würde? Warum ist der Genozid als politische Kategorie im allgemeinen und warum ist der Völkermord an den Armeniern im besonderen von solcher Bedeutung, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa – und, nicht zuletzt, für die Türkei selbst? Das soll im folgenden mit wenigen Strichen skizziert werden, beginnend bei den historischen Gründen für die Bedeutung des Völkermords an den Armeniern.

Das Deutsche Reich hat geduldet, was mit den Armeniern überall im Osmanischen Reich und systematisch in den Jahren 1915 und 1916 geschah. Deutsche Diplomaten wussten bis in die Einzelheiten Bescheid über den Völkermord. Sie übergaben, wenn überhaupt, dem jungtürkischen Regime äußerst zurückhaltende Noten, in denen »Bedauern« über »gewisse Vorkommnisse« zum Ausdruck gebracht wurde. Das deutsche Auswärtige Amt beschränkte sich darauf, festzustellen, dass

man mit dem Massenmorden nichts zu tun habe. Mit anderen Worten: Man wusch sich die Hände in Unschuld. Aber soviel konnte man gar nicht abwaschen, als dass die deutsche Beteiligung hätte unsichtbar werden können. Es war schließlich ein Deutscher, Eberhard Graf Wolffskehl von Reichenberg, der die Artillerieangriffe bei der Belagerung des Musa Dagh, von Zeitun und Urfa leitete. Es sei »hart, aber nützlich«, so der Marineattaché Hans Humann über ein Massaker in Moossoul, dass »die Armenier nun mehr oder weniger ausgerottet« seien. Im gleichen Sinn gestand auch der deutsche Operationschef im türkischen Generalhauptquartier, dass man den Rat gegeben habe, gewisse Gebiete »von Armeniern frei zu machen«. Der deutsche Kanzler Bethmann-Hollweg notierte bloß lakonisch: »Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber die Armenier zugrunde gehen oder nicht«. Diplomaten, die mit Entschiedenheit bei der Reichsführung protestierten, wurden auf Druck türkischer Regierungsstellen abberufen – so der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich. Es gab allerdings auch deutsche Offiziere, die den Mörderbanden entgegentraten und denen es so gelang, einige hundert oder tausend Armenier zu retten. Stärker und häufiger aber war die andere Haltung, die bis in die einzelnen Biographien später zu nationalsozialistischen Einstellungen überleitete. Es muss nun leider auch erwähnt werden, dass der führende Linksliberale im Deutschen Reich und maßgebliche Repräsentant des deutschen Kulturprotestantismus, Friedrich Naumann, bereits in den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts die Armenier im Osmanischen Reich mit üblen Stereotypen belegte, die er während des Ersten Weltkriegs schließlich völkisch-rassisch unterfütterte. Die Armenier seien, so Naumann, »das geborene Verbrechervolk«, das körperlich abstoßend sei, heimtückisch und gefährlich. Karl May, der bei seinen literarischen Phantasieausflügen in die weite Welt die Völker anstrich, wie es dem deutschen Leser behagte, nahm Naumanns Bezeichnungen auf und popularisierte sie. In seinem Roman Im Reich des silbernen Löwen schrieb er: »Ganz Konstantinopel wird von den Armeniern moralisch verpestet«, und »Die Armenier sind das schlechteste Volk von der Welt«. Etwa zur gleichen Zeit fand die sogenannte »Juden-zählung« im deutschen Heer statt. Antisemitische Gruppierungen hatten den rassistisch begründeten Vorwurf erhoben, die Juden drückten sich vor dem Kriegsdienst und seien im Feld feige. Es war der politische Sündenfall des deutschen Staates, der die Türen weit öffnete für eine Politik der rassistischen Verfolgung und Vernichtung. Es wird deutlich, dass der Radius

des völkischen Rassismus mitsamt seinen Ausrottungsphantasien nicht auf die Juden beschränkt war, sondern jederzeit so weit gezogen werden konnte, wie es politisch opportun schien. Als sich Franz Werfel Anfang Januar 1933 auf die Lesereise für seinen soeben erschienenen Roman Die Vierzig Tage des Musa Dagh machte, in dem er »das unfassbare Schicksal des armenischen Volkes dem Totenreich alles Geschehenen zu entreißen« suchte, mag er schon geahnt haben, dass es für einen Vorleser wie ihn in Deutschland bald keinen Platz mehr geben würde. Schließlich hatte Hitler den türkischen Völkermord an den Armeniern, bei dem in den Jahren 1915 und 1916 mehr als eine Million Menschen auf grauenhafte Weise umgebracht wurden, sowie die relative Tatenlosigkeit sowohl des deutschen Verbündeten als auch der Alliierten bereits in den zwanziger Jahren als Ermunterung zu einer radikalen Politik gegenüber den Juden aufgefasst. Wenn die Juden eines Tages aus dem Deutschen Reich verschwunden sein sollten, so Hitler, würde auch dies bald in Vergessenheit geraten.

Aber es wurde nicht vergessen, was Hitler den Juden antun ließ, und es wurde auch nicht vergessen, dass der Euphrat einen Strom armenischer Leichen mit sich führte, dass junge, gebildete armenische Frauen Selbstmord begingen, wenn türkische Soldaten ihnen die Rettung vor der sicheren Vernichtung versprachen, so sie in eine Hochzeit einwilligen würden. Und weil dies alles nicht vergessen wurde, ist das Schicksal der Armenier heute ein zentraler politischer Punkt, der über die Zugehörigkeit der Türkei zur Europäischen Union mit entscheidet.

Die Türken selbst, als Nachbarn, die mit Armeniern Tür an Tür lebten, haben in der dritten oder vierten Generation bis heute ebenso wenig vergessen, was mit den Armeniern geschah. Es gibt auch neunzig Jahre nach Beginn des Genozids eine kollektive mündliche Erinnerung unter den Türken, die im Gegensatz zur nationalistischen Staatsideologie vom Mitleiden geprägt ist. In abgelegenen Gegenden Anatoliens konnte man schließlich in den fünfziger Jahren noch Höhlen voller Menschenknochen finden – Überreste des ersten Genozids im zwanzigsten Jahrhundert, dessen Motive nur aus der »nationalen Modernisierung« des Osmanischen Reichs unter den Jungtürken zu verstehen sind. Die extreme Reaktion auf das Versagen eines Vielvölkerreiches, in dem Volkszugehörigkeit und Religion darüber entschieden, welche Rechte und Lasten einer Person zukamen. Die abgestufte Ungleichheit und Rechtlosigkeit der Nicht-Türken sollte nach den Vorstellungen der

Jungtürken, die zunächst mit Armeniern und Griechen gegen den Sultan verbündet waren, gar nicht mehr zum Tragen kommen. Die moderne Türkei war ihnen nur vorstellbar als ein möglichst ethnisch-homogenes Staatsvolk der Türken. Und es dauerte nicht lange, da galten alle Nicht-Türken im Land als Feinde.

Dass Vernichtung und Vergessen nicht dasselbe geworden sind, hat nicht allein mit der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten und Zweiten Weltkrieg zu tun. Vielmehr ging mit dem Kriegsende von 1945 eine Epoche des Nationalismus zu Ende – in den Siegerstaaten so gut wie im besiegten Deutschland. Wenn die Türkei das nicht begreift, muss ihr der Weg in dieses Europa verschlossen bleiben. Sie wird gegenwärtig von dem doppelten Fieber der Erinnerung und des Nationalismus geschüttelt. Die einen fühlen sich in ihrem Stolz verletzt, die anderen wollen endlich eine Türkei der Menschenrechte. Die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen mit ihren Artikeln zur Prävention und Sanktion von Völkermord bewahrt das Gedächtnis. Raphael Lemkin, der Initiator der Genozidartikel, bezog sich neben der Holocaust-Erfahrung ausdrücklich auf den Völkermord an den Armeniern. Soviel zu den historischen Gründen, warum der Genozid an den Armeniern nicht zuletzt die Deutschen angeht. Und zwar in einer Weise angeht, dass die deutsche Politik es heute nicht bei guten Worten belassen sollte. Immerhin hat die Europäische Union 1987 den Genozid an den Armeniern anerkannt und die Revision der türkischen Haltung in dieser Frage zur Bedingung eines künftigen Beitritts erklärt. Es kommt im Vergleich hierzu auf deutscher Seite in der armenischen Frage allenthalben eine solche Halbherzigkeit zum Vorschein, dass die Glaubwürdigkeit der deutschen Gedenkpoltik der vergangenen zwanzig Jahre insgesamt beschädigt zu werden droht – selbst wenn der Deutsche Bundestag unlängst den Genozid in verklausulierter Form anerkannt hat. Die Bundesrepublik sollte endlich ein Traditionsbewusstsein ihrer selbst unter Beweis stellen und unzweideutig den Genozid an den Armeniern als solchen anerkennen. Sie diene ihren eigenen Interessen damit weitaus besser als mit falscher Rücksichtnahme auf die Türkei.

Denn es gibt neben den historischen auch sehr gegenwärtige, existentielle Gründe, warum die deutsche Politik ebenso wie die der Europäischen Union um ihrer selbst willen sich damit zu befassen hat, wie sie und wie die Türkei mit der Vergangenheit des Völkermords an den Armeniern umgehen. Man gelangt hier zu dem entscheidenden Punkt, an dem man sich noch einmal die Motive in Erinnerung rufen sollte, die zur Gründung der Europäischen

Integration führten. Lassen wir Kohle und Stahl und Währung einmal beiseite, dann war die Gründung dieses neuen Europa beflügelt von der Hoffnung, diesen Kontinent nicht noch einmal in einen Glutofen nationalistischer und rassistischer Ambitionen und Hassverheerungen sich verwandeln zu lassen. Und das Erstaunliche: Bis heute ist das gelungen. Die Europäische Union steht politisch im Zeichen einer großen Überwindung. Überwindung religiöser oder religionsartiger Überhöhungen der Nation, aber auch Überwindung rassistischer Großraumversuchung. Vor allem bedeutet die Europäische Union die generelle Überwindung einer Feindversessenheit, die einst, zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, konstitutiv für die Entstehung der modernen Nationalstaaten war. Der innere oder der äußere Feind waren Garanten der eigenen, soviel höheren Identität, der eigenen welthistorischen Dignität.

Eben diese Grundstruktur, dieses nationalistische Motiv mit all den damit verbundenen Exterminationsphantasien und -realitäten war es, was die Jungtürken mit dem Programm der türkischen Emanzipation übernehmen sollten – nach einem kurzen Völkerfrühling im Osmanischen Reich unmittelbar nach der Revolution im Jahr 1908, als sich alle umarmten und die Türken Armenier und Griechen unter Tränen um Verzeihung für das Leid baten, das sie ihnen angetan hatten. Der englische Historiker Arnold Toynbee schrieb mit feiner Ironie in den Mundwinkeln, es sei wohl damals im Reich des Sultans die Stunde der reinen Vernunft angebrochen.

Das nationalistische Motiv aber, das von Europa auf die Türkei überging, droht heute durch die Hintertür einer unverarbeiteten, unverständenen türkischen Vergangenheit nach Europa zurückzukehren. Wenn dies tatsächlich geschähe, bedeutete es nichts anderes, als Europa von innen her zu zerstören. Es bedeutete, die Europäische Union als Terrain für den großen Bürgerkrieg zu bereiten. Es bedeutete, dass Europa sich gegen sich selbst richtet, dass es Europa gar nicht mehr gibt. Wem könnte daran liegen? Sicher nicht der Türkei, die doch gerade diesem Europa beitreten will. Mit der falschen Geschichtspolitik aber macht man auch falsche Geschichte. Die türkische Öffentlichkeit wird in die Irre geleitet und missverstanden, wie die eigenen wohlverstandenen Interessen tatsächlich gewahrt werden könnten. Und der deutschen Öffentlichkeit ist nach fünfundzwanzig Jahren intensiver öffentlicher, politischer Auseinandersetzung mit dem Schrecken der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und der Beteiligung »ganz normaler Deutscher« nicht plausibel zu machen, warum

die Kultusbehörde glaubte, den Genozid an den Armeniern aus den Geschichtsbüchern Brandenburgs streichen zu müssen – mit Rücksicht auf die Türkei, auf Deutschland und Europa. Im Gegenteil: Jetzt erst bemerkt man, dass dieser Genozid in den Geschichtsbüchern der anderen Bundesländer nicht einmal gestrichen werden konnte – weil er bisher nie drin gestanden hat.

Wenn wir also die Rede von »unserem« deutschen oder europäischem Interesse hören, sollten wir genau überlegen, ob wir nicht in eine Falle laufen. Diese Redeweise nimmt sich aus wie »Realpolitik«, ist tatsächlich aber gedanken- und traumverloren, weil sie glaubt, kurzfristig erkaufter Harmonie halber die Fundamente der eigenen politischen Existenz verlassen zu können, ohne Schaden an Glaubwürdigkeit zu nehmen, ohne sich für später die Hände selbst gebunden zu haben. Die Europäische Union sollte der Türkei begreiflich machen, dass es einen anderen Stolz als den des nationalistischen Verdrängungstrotzes gibt. Diesen anderen Stolz, wenn ich ihn so nennen soll, ließe die eigene, die türkische Gesellschaft endlich frei reden und nähme damit der Nation Zentnerlasten von der Seele. Wer hätte in der Türkei Grund, sich zu fürchten? Wer möchte durch Ressentiment verdecken, dass er historisch auf verlorenem Posten steht? Das sind Fragen, die sich in der Türkei bereits von allein stellen, wie die Reaktionen auf Orhan Pamuks kritische Äußerungen zur türkischen Haltung zeigen.

Daran muss anlässlich des neunzigsten Jahrestages des Genozids an den Armeniern erinnert werden. Dieses Erinnern ist keine zeitgeschichtliche Mode, keine einführende Hysterie, sondern die Grundlage, das Ordnungsprinzip und zugleich das Interessenvehikel unserer politischen Welt. Es ist, nach allem, was wir festgestellt haben, nicht übertrieben zu sagen, dass, wie schon vor neunzig Jahren, die »Armenien-Frage« wieder ein Prüfstein Europas ist – freilich in einer ganz anderen historischpolitischen Konstellation. Und davon, dass wir diese Probe bestehen, hängt viel für die Zukunft Europas ab.

[1] Der Redetext wurde aus gegebenem Anlass aktualisiert  
Zeitschrift für Genozidforschung 1/05 103-109

## **Abstract**

Michael Jeismann: Europe and the »Armenian Question«. – On the occasion of the 90th anniversary of the Armenian genocide Michael Jeismann severely questions the conceptions of German remembrance policy. He reviews the patterns of Berlin's quarrel with its past against the background of both the completion of the Memorial to the Murdered Jews of Europe and the German political discussion on an, if at all necessary, commemoration of the Armenian victims. The author emphasizes that patterns of commemoration depend on patterns of the distinct national history of Germany. In the case of the Turkish genocide, the German official attitudes of the past and the settings in the present rest upon long-lasting aspirations, considerations and visions of German foreign policy. The essay analyzes precisely the involvement of diplomats and military officers of the German Empire, as the major military ally of the Ottoman Empire, into the genocidal events itself. In addition, Jeismann questions the greatest taboo: the motives of this involvement. Making an effort to deduce the prime motives, the essay opens a challenging aspect: the aspect of the continuation of objectives and rationals in German space politics during the 20th century.